

AL Info¹ / 25

2 Amina Arn, seit letztem November politische Sekretärin, über ihre Beziehung zur AL, ihre Motivation und ihr Anliegen, Junge und Marginalisierte stärker in die politische Arbeit einzubinden.

4 Redaktionsmitglied Niklaus Scherr über den langjährigen politischen Kampf der AL für einen bürger:innennahen Service public und eine demokratische Kontrolle öffentlicher Betriebe.

8 Die Sugus-Häuser sind leider kein Einzelfall, sondern einfach ein weiterer, trauriger Anlass für breite Vernetzung und Solidarität, findet Gemeinderat Patrik Maillard.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

AL – alles Liebe

Mit ihrem Neujahrsapéro im Helsinki hat die AL das Jahr eingeläutet. Viel zu feiern gab und gibt es nicht, wenn wir auf die Welt blicken und auch auf die Grosswetterlage in unserem Land, im Kanton, in den Städten. Trotzdem feierten AL-Mitglieder und ihre Freund:innen an jenem Abend. Nach wie vor zu zelebrieren sind der Austausch zwischen Menschen, Gespräche und Debatten, sich zusammenzutun, um gemeinsam an etwas zu arbeiten, das dem Gemeinwohl dient.

Als wir am Neujahrsapéro in die Runde fragten, für was die AL denn auch noch stehen könnte, erntete – wenig überraschend – ausgerechnet der Ruf «AL – alles Liebe» einen Szenenapplaus und Gelächter. Liebe ist ein grosses Wort, im politischen Kontext dürfen wir es getrost in Fähigkeit zur Empathie umtaufen.

Neoliberalismus spaltet die Gesellschaft

Mehr als 40 Jahre Neoliberalismus mit seiner Überhöhung des Individualismus und seinem meritokratischen Heilsversprechen haben die Gesellschaften in und ausserhalb Europas systematisch gespalten. Regeln, welche die Gier des Kapitals zumindest eingrenzen, wurden ausgehebelt. Gleichzeitig fördert und zementiert dieses System eine unsolidarische Hackordnung, was weitere Keile in unsere Gesellschaft treibt. All das schwächt die gemeinsame Fähigkeit, sich in die Lage anderer hineinzusetzen. Empathie bildet wohl die Basis aller menschlichen Gemeinschaften. Sie steht in starker Wechselbeziehung zum Vertrauen in die Stabilität demokratischer Strukturen: Schwankt das eine, strauchelt das andere, und vice versa.

Empathie und Repräsentation

Die Arbeit einer kleinen Partei wie der AL, die ihre Politik überzeugt und hartnäckig – und unabhängig vom Zeitgeist – auf soziale Gerechtigkeit ausrichtet, ist stark von der Fähigkeit zur Empathie geprägt. Unsere Vertreter:innen in der institutionellen Politik lassen sich an knapp vier Händen abzählen. Sie betreiben in den Parlamenten nicht Politik für enge Eigeninteressen, sondern vertreten mit Engagement und Einfühlungsvermögen jene, die dort keine Stimme haben. Es ist in diesem Sinne auch müssig, innerhalb der AL zu beklagen, die Partei spiegle nicht alle Gesellschaftsgruppen wider, die sie vertritt. Wir lassen uns nicht entmutigen und wenden uns weiterhin überall dorthin, wo die sind, deren Interessen wir vertreten und deren Anliegen wir sichtbar machen wollen. Umso mehr, als gerade ein garstiger politischer Gegenwind bläst und Libertäre, Nationalist:innen, Rechtsradikale und der internationale Geldadel Morgenluft wittern.

Gegen rechts

Weltweit erleben wir die Zerschlagung von moderner Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Regelwerken, soziale und liberale Errungenschaften landen mit einem Fingerschnippen im Abfall. Und wozu das alles? Gestützt auf enorme finanzielle Ressourcen wollen sich die erwähnten Gruppen endlich ihre feuchten Träume erfüllen, sei das durch die Rückkehr einer Führerfigur oder einer auf völkischen Prinzipien basierenden Gesellschaftshierarchie, sei es durch die schrankenlose Vermehrung des eigenen Reichtums oder die grenzenlose Freiheit

der Geldströme. Das alles – kombiniert mit humanitären Krisen und drastischen klimatischen Veränderungen – ist das grosse Bild, auf das wir uns als hundsnormale, aber dennoch aufmerksame Erdenbürger:innen einstellen müssen. Wer nun findet, das alles sei übertrieben oder gelte nicht für die Schweiz, der/die möge die Berichterstattung zum diesjährigen WEF in Davos nachlesen, wo etliche Wirtschaftsgrössen und Persönlichkeiten aus der Schweizer Politik anti-demokratischen Prahlmäulern wie Milei oder Trump an den Lippen hingen, als wären sie der Messias persönlich.

Trotz allem

Die aktuellen Verhältnisse können einen in lähmende Besorgnis versetzen. Oder sie können einen kämpferisch machen. Das geht am besten in einer Gruppe von Gleichgesinnten. In diesem Sinne ist dieser Artikel auch ein Aufruf zu Beginn des neuen Jahres, sich mit und für die AL zu engagieren. Unsere Mitglieder sind überzeugte Kämpfer:innen für eine humanere Gesellschaft, verfügen über Herz und Verstand. Wir kämpfen weiterhin für ein gerechtes Steuersystem, Zugang zu Bildung und Gesundheit für alle, starke Gemeindebetriebe und gegen die Dreistigkeit und Herr-im-Haus-Politik der ImmoHaie. Und das alles mit Lust und Kreativität. Immer noch gilt: Wir sind mehr, als die meinen, und wir werden noch mehr sein!

**Nicole Wyss und Andrea Leitner,
AL-Vorstand**

Vormerken

Samstag, 5. April: Wohndemo

Grossdemo gegen die Wohnungskrise – eine andere Stadt ist möglich!
Weitere Informationen gibt es unter:
www.wohndemo.ch

Termine

Dienstag, 25. Februar, 19.00 Uhr:

Vollversammlung der AL Zürich im Gemeinschaftsraum der Hellmi an der Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich

Samstag, 8. März, ab 13.30 Uhr:

Demo zum Internationalen Frauentag. Start am Paradeplatz.

Arbeitsgruppen

Wohnen und Planung

Die Arbeitsgruppe Wohnen und Planung trifft sich jeweils am ersten Montag im Monat und diskutiert wohnpolitische und städtebauliche Themen. Nächster Termin: Montag, 3. März, 19.00 Uhr, Flex 1, Kalki

Gesundheit

Alle sechs Wochen treffen sich Interessierte im Rahmen der AL-Gesundheitsgruppe und besprechen gesundheitspolitische Themen. Nächster Termin: Donnerstag, 13. März, 19.00 Uhr, AL-Sekretariat

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch
Sekretariat Amina Arn, Christian Caspar, Molkenstr. 21, 8004 Zürich sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 1800 Ex., Oesch Reliefdruck AG
Layout Amina Arn, Christian Caspar
Redaktion Amina Arn, Christian Caspar, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Hoi zäme!

Seit Anfang November leite ich zusammen mit Christian Caspar das AL-Sekretariat. Soziale Gerechtigkeit begleitet mich schon lange. Die AL gibt mir nun die Möglichkeit, diese Werte aktiv politisch einzubringen.

Zugegeben, Smalltalk ist nicht meine Stärke. Mich vorzustellen fiel mir schon immer schwer – ob in der Schule, an der Uni, bei Bewerbungsgesprächen oder sogar bei Dates. Oft gehe ich (zu) schnell in die Tiefe. Vielleicht ist das bezeichnend für mich: Ich mag es, direkt zum Kern der Dinge vorzustossen.

Die Frage «Was sollte man über mich wissen?» ist für mich sehr subjektiv. Und ich kann deshalb nur erahnen, was ihr, liebe Leser:innenschaft, über mich erfahren möchtet. Deswegen habe ich beschlossen, stattdessen über meine Beziehung zur AL zu schreiben.

Die AL ist heute eine Partei, getragen von beeindruckenden, engagierten Persönlichkeiten. Viele von ihnen sind ältere, weisse Männer. Sie setzen sich mit grossem Einsatz für eine starke Öffentlichkeit ein, in der Wohnraum, Gesundheit und Bildung für alle zugänglich sind. Unermüdlich kämpfen sie für ihre Ideale, und das unter grossem Einsatz von Ressourcen. Nicht Geld ist damit gemeint, sondern viel Zeit und Energie. Ihre Leidenschaft ist deutlich spürbar und motiviert mich. Als Kulturwissenschaftlerin bin ich in der institutionalisierten Politik zwar noch neu, aber wissbegierig und bereit, schnell dazu zu lernen. Und hier bin ich am richtigen Ort dafür.

Doch die AL kann und sollte sich entwickeln. Mit meiner Perspektive, die



Amina wünscht sich inklusivere Formen der politischen Partizipation (Bild: Jan Stähli)

weder alt, männlich noch weiss ist, möchte ich dazu beitragen, die Partei diverser und jünger zu machen. Es ist wichtig, dass die AL zukunftsfähig bleibt. In meiner bisherigen Arbeit habe ich gelernt, wie wichtig es ist, Brücken zu bauen – sei es zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen oder innerhalb von Organisationen. Dieses Wissen werde ich nun in die AL einbringen. Ein wichtiges Anliegen ist es mir, junge Menschen und marginalisierte Gruppen stärker in die politische Arbeit einzubinden. Das bedeutet auch, neue Formate für politische Partizipation zu entwickeln, die inklusiver und niederschwelliger sind.

Gerade jetzt, in einer Zeit politischer Ungewissheit, braucht es eine starke Linke mehr denn je. Dafür braucht es auch euch, liebe Mitglieder, Unterstützer:innen, Interessierte. Lasst uns gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten. Ich bin gespannt darauf, was wir gemeinsam erarbeiten können.

Amina Arn, Politische Sekretärin, Redaktionsmitglied

Stabwechsel in Winterthur



Sarah Casutt (links) ist aus dem Winterthurer Stadtparlament zurückgetreten, Miguel Pedro Bachmann (rechts) nachgerückt - Danke Sarah und viel Freude und Erfolg, Miguel!

Daniel Gnägi im Gespräch

Im letzten Jahr hat die AL zwei Volksinitiativen eingereicht. Diese Erfolge sind nur möglich dank engagierter Aktivist:innen, die auf den Strassen und Plätzen präsent sind und Menschen von den AL-Anliegen zu überzeugen vermögen. Wie Daniel Gnägi. Das AL-Info hat mit ihm unter anderem über seine Motivation gesprochen, für die AL politisch aktiv zu sein.

Daniel, zunächst einmal: Wer bist du?

Wer mich sprechen hört, erkennt vielleicht meine Wurzeln in der Ostschweiz. Nach einem Auslandsaufenthalt vor sieben Jahren wurde mir diese jedoch etwas zu langweilig, weshalb ich nach Zürich gezogen bin. Ein zentraler Bestandteil meiner Identität ist wohl mein Interesse an Informatik – insbesondere an Datenschutz, IT-Sicherheit und am Einfluss neuer Technologien auf unsere Gesellschaft. Da sich dieses Interesse im Vergleich zu meinen anderen Hobbys wie dem Laufsport oder dem kürzlich entdeckten Silberguss relativ einfach monetarisieren lässt, habe ich es auch zu meinem Beruf gemacht.

Was motiviert dich, politisch aktiv zu sein?

Mein Hauptmotivator ist der Wunsch, meine Umwelt mitzugestalten. Zudem finde ich es spannend, vertiefte Einblicke in die politische Arbeit auf kommunaler Ebene zu erhalten. Besonders interessant war es, im vergangenen Jahr gleich zweimal die Möglichkeit gehabt zu haben, eine städtische Initiative von der Idee bis zur Einreichung zu begleiten, dabei auf der Strasse mit Menschen über diese Anliegen zu sprechen und sie im besten Falle dafür zu gewinnen.

Weshalb bist du bei der AL gelandet?

Im Herbst 2023 haben zwei Ereignisse dazu geführt, dass ich meine erste AL-Vollversammlung besucht habe: Zum einen habe ich mein damaliges ehrenamtliches Engagement beim Verein eve&rave nach fast zehn Jahren übergeben und dadurch Kapazität für Neues gewonnen. Zum anderen war ich nach den Nationalratswahlen etwas ernüchtert und suchte nach Möglichkeiten, mich politisch einzubringen. Die AL passt für mich, weil sie mir in Detailfragen konsequenter und nachvollziehbarer erscheint. Die durchorganisierten nationalen Grossparteien hingegen empfinde ich eher als abschreckend.

Du wirkst eigentlich immer ziemlich tiefenentspannt - gibt es etwas, das dich hässig macht?



Daniel ist seit rund einem Jahr in der AL aktiv (Bild: Rahel Senn)

Es freut mich, dass ich so wahrgenommen werde. Hässig werde ich, wenn ich das Gefühl habe, herablassend behandelt zu werden. Das passiert mir äusserst selten, wohl auch, weil ich nicht zu einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe gehöre. Ein Beispiel dafür wäre jedoch mein erster und vermutlich letzter Besuch im Opernhaus, wo ich bereits an der Garderobe angeschnauzt wurde mit der Aufforderung, meinen Rucksack «gefälligst an der Uni» zu lassen.

Ein Wunsch fürs 2025?

Die geopolitische Lage wirkt derzeit sehr düster. Autokrat:innen gewinnen zunehmend an Einfluss und prägen den politischen Diskurs. Ich wünsche mir, dass 2025 die Talsohle erreicht ist und es den zahlreichen intelligenten, kreativen und engagierten Menschen aus den verschiedenen politischen Lagern gelingt, einer breiten Masse wieder verstärkt die Vorzüge einer gerechteren und solidarischen Welt zu vermitteln.

Wie, glaubst du, stehen die Chancen, dass dein Wunsch in Erfüllung geht?

In den ersten Wochen des neuen Jahres deutet nichts darauf hin, dass der Tiefpunkt bereits erreicht wäre oder demnächst überschritten sein könnte. Umso wichtiger ist es, beständig und nach den eigenen Möglichkeiten aktiv zu bleiben – sei es durch die Teilnahme an Demonstrationen, das Sammeln von Unterschriften, parlamentarisches Engagement oder durch kritische Gespräche am Familientisch. So können Perspektiven eröffnet und Schritte in eine zuversichtliche Zukunft gemacht werden.

Interview: Christian Caspar, Redaktionsmitglied

AL-Buchtipps:



David Garcia Nuñez empfiehlt Ralf König, Harter Psücharter, Egmont, ISBN: 978-3-7704-0899-3. Bis vor Kurzem hätte ich stur behauptet, dass

Konrad und Paul keiner Vorstellung bedürfen, haben sich doch queere (und nicht so queere) Generationen an ihren Abenteuern sattgelesen. Jüngere Szenegänger:innen belehrten mich jedoch eines Besseren: Kein Mensch kennt Ralf König, seine Werke sind bestensfalls «verstaubte Klassiker». Ich fühle mich alt. Womit wir wieder bei Konrad und Paul sind. Nachdem wir Jahrzehnte lang Zeug:innen ihrer sexuellen bzw. Liebeskrisen, ihrer intimsten Erfolgs- und HIV-nahen Trauermomente waren, können wir in «Harter Psücharter» nun zusehen, wie sich das Paar gewohnt politisch unkorrekt an den Phantasmen des Älterwerdens abarbeitet. Damit konfrontieren sie uns nicht nur humorvoll mit harten Fragen (Ist der eigene sexuelle Zerfall Verlust, Entlastung oder neuer Fetisch?), sondern auch mit der «verstaubt klassischen» Wahrheit, dass das Altern nichts für Sissies ist.



Judith Stofer empfiehlt: Joann Sfar, Die Katze des Rabbiners, avant-Verlag, ISBN: 978-3-96445-122-4.

Joann Sfar gehört zu den produktivsten

Comicauteurs Frankreichs. Berühmt wurde er mit der phantastischen Serie «Donjon», die er zusammen mit Lewis Trondheim zeichnete und erzählte und die das Fantasy-Genre genüsslich parodiert. Nicht weniger Ruhm brachte ihm die Serie, in der die Katze eines sephardischen Rabbiners die Hauptrolle spielt. Zu Beginn der Serie kann die Katze sprechen, weil sie einen Papagei gefressen hatte. Im Verlaufe der Zeit verliert die Katze diese Fähigkeit zwar wieder, sie funktioniert aber weiterhin als intelligente philosophisch-bissige Kommentatorin der Geschichten rund um den Rabbiner und seine Tochter Zlabya. Fesselnd, berührend und humorvoll erzählt und gezeichnet, setzt er sich in den beiden Bänden «Die Synagoge» und «Der Götzendiener» mit seiner eigenen Herkunft auseinander. Joann Sfar ist ein meisterhafter und bildgewaltiger Geschichtenerzähler.

AL, ewz und Service public

Seit ihrer Gründung steht die AL konsequent ein für einen bürger:innennahen Service public und demokratische kontrollierte öffentliche Betriebe.

Infrastrukturen und Angebote zur Deckung von Grundbedürfnissen – Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Entsorgung (Abwasser, Abfall), Versorgung mit Wasser und leitungsgebundenen Energien (Strom, Gas, Fernwärme) – gehören als öffentliche Güter uneingeschränkt in die öffentliche Hand.

Probelauf 1997: Privatisierung Gasversorgung

Früher nannte mensch das Gemein-desozialismus. Mit der neoliberalen Welle und der Deregulierungsoffensive der EU kam dieser in den 1990er-Jahren, auch in weiten Teilen der Linken, in Verruf. Als sich die AL gegen die Ausgliederung und Umwandlung der städtischen Gasversorgung in eine AG zur Wehr setzte, stand sie praktisch allein auf weiter Flur. Der VPOD war mit einem Gesamtarbeitsvertrag geködert worden - was in Gasversorgung und ewz zur Abspaltung einer dissidenten Gewerkschaft führte – und die SP stand abseits. Der Gemeinderat stimmte mit 77 zu 8 Stimmen zu, bei zahlreichen Enthaltungen bei der SP. Mit nur einem Drittel Nein-Stimmen scheiterten wir in der Volksabstimmung im November 1997 klar.

2000: ewz-Nein stoppt Privatisierungswelle

Die Gründung der Erdgas Zürich AG, der heutigen Energie 360° AG, war ein Testlauf für weitere Privatisierungsschritte bei ewz, Entsorgung und Recycling, VBZ und Wasserversorgung, die folgen sollten. 1999 und 2001 kämpfte die AL, nur von den Grünen unterstützt, erfolglos mit zwei Referenden gegen Sonderverträge und Tarifrabatte für ewz-Grossverbraucher; die zweite Vorlage konnten wir immerhin mit einem Rekurs stoppen. Dank dem Seitenwechsel der SP kam es im Juni 2000 zur Wende: Das Stimmvolk sagte mit 52.5% Nein zur Ausgliederung des städtischen Elektrizitätswerks ewz. Damit war der Privatisierungs- und Liberalisierungstrend definitiv gebrochen. Im Juni 2001 folgte ein Nein zur Umwandlung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) in eine AG und ihre Integration in den Axpo-Konzern. Im September 2022 sagte das Stimmvolk in Bund und Kanton Nein zur Liberalisierung des Strommarkts. In allen drei Abstimmungen war die AL als

massgebliche Akteurin zuvorderst dabei.

AL stoppt Limmat Energie AG...

2015 lancierte FDP-Stadtrat Türlér eine zweite Ausgliederung von ewz, diesmal in eine öffentlich-rechtliche Anstalt statt eine AG, um die SP ins Boot zu holen. Gleichzeitig wurde – am Parlament vorbei – das privatrechtliche Konstrukt Limmat Energie AG (50% ewz, 50% Energie 360° AG) zur Fernwärmeerschliessung von Altstetten und Höngg gegründet. Mit einem Stimmrechtsrekurs zwang die AL den Stadtrat, den Entscheid über die Gründung der Limmat Energie AG dem Parlament vorzulegen. Dieses sagte im Januar 2017 Nein und übertrug Finanzierung und Organisation des Energieverbands Altstetten-Höngg ganz dem ewz.

... und Ausgliederung 2 von ewz

Die AL sprach sich auch als erste und in aller Klarheit gegen die beantragte Ausgliederung des ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt aus. Mit Erfolg: Im Oktober 2016 versenkten Linksgrün und SVP die Vorlage per Nichteintreten mit 81 zu 41 Stimmen.

«Unsere hauptsächliche Kritik» – so die AL in ihrer Fraktionserklärung – «fusst auf der Erkenntnis, dass die Schaffung einer eigenen Rechtspersönlichkeit durch Ausgliederung – egal in welcher Rechtsform – einen fundamentalen Eingriff in die demokratische Kontrolle der staatlichen Leistung bedeutet. Wer über eine eigene Persönlichkeit verfügt – und das gilt im persönlichen wie im politischen Kontext – entwickelt eine eigene Sicht auf die Welt und eigene Vorstellungen davon, was für ihn selbst gut oder schlecht ist.»

Trauriges Anschauungsmaterial dafür liefert uns zurzeit der AXPO-Konzern, der zwar zu 100% den Nordostschweizer Kantonen gehört, der öffentlichen Kontrolle aber völlig entglitten ist. Hier haben in den letzten Jahren bonigeile Manager und Stromhändler die Macht an sich gerissen. Verzweifelt versuchen zurzeit Parlamentarier:innen im Aargau und in Zürich, wenigstens die Managerlöhne bei 1 Million Franken zu deckeln.

Stromabkommen: Zurück auf Feld 1

Aktuell stehen wir wieder auf Feld eins. Zwar hat das Parlament im Stromversorgungsgesetz, über das wir im Juni 2024 abgestimmt haben, die vom Bundesrat beantragte vollständige Marktöffnung einstimmig rausgekippt. Trotzdem droht

jetzt eine Liberalisierung durch die Hintertür. Das im Dezember präsentierte Stromabkommen mit der EU sieht eine vollständige Strommarktöffnung vor.

Zwar sollen Haushalte und Kleinbetriebe «in der regulierten Grundversorgung mit regulierten Preisen» bleiben können. Ein reines Liberalisierungs-Placebo: Denn bei einer vollen Marktöffnung folgen alle Tarife, auch die der Grundversorgung, zwingend den Marktpreisen. Der Markt und die Preise der Strombörsen sollen als zentrales Steuerungselement den Gang der Energiepolitik bestimmen. Abweichungen vom Marktprinzip erlauben die EU-Richtlinien bloss für einkommensschwache Personen. Stabile Strompreise auf Basis der effektiven Gestehungskosten in Eigenanlagen und Partnerkraftwerken, wie sie ewz in der Grundversorgung praktiziert, sind damit nicht mehr zulässig. Zudem müssten Vertrieb und Netz in rechtlich selbständige Firmen getrennt werden.

Wichtig: Der Bundesrat will über EU-Grundsatzabkommen und EU-Stromabkommen separat abstimmen lassen – das erlaubt ein separates Nein zur Liberalisierung.

**Niklaus Scherr,
Redaktionsmitglied**



Im Jahr 2000 sagte das Stimmvolk mit 52.5% Nein zur Ausgliederung des ewz (Bild: Niklaus Scherr)

Für Rekommunalisierung

Die AL hat in den letzten Jahren nicht nur erfolgreich gegen Privatisierungsversuche und Ausgliederungen gekämpft, sondern den Begriff der Rekommunalisierung wieder fest auf die politische Agenda gesetzt.

Dies verdeutlichen zwei wegweisende Beispiele: die Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG und die Zusammenführung der Fernwärmeversorgung unter öffentlicher Kontrolle. Die Rekommunalisierung der Biogas AG ist noch nicht umgesetzt.

2019: Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG

Ein Meilenstein der AL-Politik war die erfolgreiche Rückführung der Papiersammelfirma Rolf Bossard AG in öffentliche Hände. Der damalige ERZ-Direktor Pauli hatte eine Politik der verdeckten Privatisierung vorangetrieben, die für das Personal der übernommenen Firma prekäre Arbeitsbedingungen und Lohn-dumping zur Folge hatte. Dank beharrlichem Einsatz konnte die AL diese Fehlentwicklung stoppen.

Die Rekommunalisierung setzte ein starkes Signal für die Bedeutung einer demokratisch kontrollierten öffentlichen Infrastruktur. Für das Personal brachte sie neben durchschnittlich über 1000 Franken mehr pro Monat auch mehr

Arbeitsplatzsicherheit und bessere Sozialleistungen. Die AL bewies damit, dass Rekommunalisierung nicht nur ein politisches Schlagwort ist, sondern direkte positive Auswirkungen auf die Menschen hat.

2024: Fernwärme aus einer Hand

Ein weiterer strategischer Erfolg der AL war die Rekommunalisierung der Fernwärmeversorgung. Durch die juristisch-politische Verhinderung des geplanten public-private-Partnership-Modells der Limmat Energie AG, einer Kooperation von ewz und Energie 360° AG, konnte die AL sicherstellen, dass die Fernwärmeversorgung in allen Teilen in öffentlicher Hand bleibt. Mit der erfolgreichen Motion zur Zusammenführung der Fernwärme von Energie 360° AG, ERZ und ewz unter der Leitung des ewz wurde die Basis für eine zentralisierte und effizientere Fernwärmeversorgung gelegt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Motion Kirstein (AL) und Leiser (FDP) zur Einführung eines Einheitstarifs für Anschluss und Bezug von Fernwärme in der ganzen Stadt. Ziel ist eine transparente und kostengerechte Tarifpolitik und eine einheitliche Ausgangslage für alle zukünftigen Nutzer:innen von Fernwärme. Ein Einheitstarif erleichtert nicht nur

Investitionsentscheidungen für Immobilienfirmen, sondern fördert auch soziale Gerechtigkeit in der Energieversorgung.

Pendent: Rekommunalisierung der Biogas Zürich AG

Die Rekommunalisierung der Biogas Zürich AG ist ein weiteres Beispiel, wie die AL, unterstützt durch SP und Grüne, nachhaltige Energiepolitik betreibt. Die Stadt hält derzeit 54 %, der Rest liegt bei Energie 360° AG und Limeco. Durch die Überführung der Biogas AG in städtische Hand kann das lokal gewonnene Biogas gezielt für die Dekarbonisierung der Fernwärme genutzt werden, anstatt es wie bisher vollständig an Energie 360° AG zu verkaufen.

Rekommunalisierung als Modell der Zukunft

Die Erfolge der AL verdeutlichen, dass Rekommunalisierung nicht nur nötig ist, um Privatisierungsprojekte zu stoppen, sondern auch ein zukunftsfähiges Modell für soziale Gerechtigkeit und demokratische Kontrolle darstellt. Die AL wird weiterhin für eine starke öffentliche Infrastruktur kämpfen – für die Menschen und nicht für Profite.

**Andreas Kirstein,
alt-Gemeinderat**

ewz-Boni – ja gerne!

Am 19. Dezember haben wir die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle» eingereicht. Aus dem ewz-Rekordgewinn von 2024 sollen 80 Millionen Franken Volksdividende an die Kund:innen der Grundversorgung zurückfliessen – rund 340 Franken pro Haushalt und Betrieb. In nur sechs Wochen haben zahlreiche AL-Aktivist:innen fast 4000 Unterschriften für die Initiative gesammelt.

Die jüngste «ewz-Bonusaktion» knüpft an eine jahrzehntelange AL-Erfolgsgeschichte gleichartiger Vorstösse an. Als der Stadtrat 2001 eine Kompetenzübertragung für Stromlieferungen zu Sonderkonditionen an grössere Unternehmen beantragte, forderte Niklaus Scherr im Gemeinderat statt Tarifgeschenken für Grossbezüger einen einheitlichen, bezugsunabhängigen Bonus für alle, scheiterte aber klar mit 91 zu 12 Stimmen von

AL und Grünen. Auch seine unmittelbar danach eingereichte gleichlautende Einzelinitiative scheiterte ebenso deutlich.

2003–2014: Eine halbe Milliarde ewz-Boni dank AL

Erfolg hatte anderthalb Jahre später AL-Aktivistin Isabel Maiorano mit der Einzelinitiative «Strompreiserabatt für alle!», die im Januar 2003 vom Gemeinderat mit 57 Stimmen vorläufig unterstützt wurde. Im März 2003 beantragte der Stadtrat mit der Vorlage «Ausschüttung ausserordentlicher Gewinne des Elektrizitätswerks an die Strombezügerinnen und -bezüger als befristete Bonusaktion» einen Bonus von 16% des Bezugs für die Jahre 2003 bis 2005. Die Bonusaktion wurde mit wechselnden Sätzen zwischen 7% und 15% bis 2014 fortgesetzt. Wegen

des Zerfalls der Stromhandelspreise wurde sie 2015 eingestellt. Insgesamt wurden mit diesen Bonus-Aktionen zwischen 2003 und 2014 536 Mio Franken an die tarifgebundenen Stromkund:innen zurückerstattet.

Dank enormen Profiten im Handelsgeschäft verzeichnet das ewz in den letzten beiden Jahren Rekordgewinne (2023: 370 Mio, für 2024 werden 355 Mio erwartet). Anlass genug für die AL-Gemeinderatsfraktion, im August 2024 eine parlamentarische Initiative für einen 80-Millionen-ewz-Bonus einzureichen. Nachdem diese mit nur 12 Stimmen Unterstützung gescheitert war, beschloss die AL-Vollversammlung, dass das Volk über den ewz-Bonus abstimmen soll, und lancierte die Volksinitiative.

Christian Häberli, AL-Vorstand

Widerstand lohnt sich!



Der Zürichsee bietet Trinkwasser für eine Million Menschen. Am rechten Ufer hat die Chemische Fabrik Uetikon während 200 Jahren Dünger

produziert und Chemie-Abfälle in das aufgeschüttete Land und den See geleitet. Kanton, Gemeinde und Private planen dort ein tolles Projekt mit Park, Kantonsschule, Gewerbe und Wohnungen.

Eine Untersuchung von Boden und Seegrund förderte 15 verschiedene Schwermetalle zutage, darunter radioaktive Stoffe wie Radium in hochgiftiger Konzentration. Für Entfernung und Entsorgung des Mülls aus dem See wurden 50 Mio Franken bereitgestellt, grösstenteils von der ehemaligen Chemiefirma Zeochem AG. Die Ausschreibung gewann die Firma Marti, die nur 17 Mio Franken verlangte. Heimlich beschlossen AWEL und Marti dann eine Änderung: Der dreckigste Teil am Ufer sollte mit Kies überschüttet werden. Strahlenexperte Marco Bähler bemerkte das und alarmierte uns.

Dagegen reichten einige Uetiker:innen zusammen mit der Lobby für Uetikon einen Rekurs ein. Dank Spenden konnten wir eine sehr fähige Anwältin engagieren. An Treffen und Info-Veranstaltungen folgte ein Hin und Her von Argumenten. Berichte wollte uns die Verwaltung nicht oder nur geschwärzt herausgeben. Schliesslich entschied das Baurekursgericht, die Grundlagen für den Entscheid seien ungenügend, der Kanton müsse eine genauere Untersuchung machen.

Wieso wurde die Sanierung an Land nicht mit der Sanierung des Seegrundes koordiniert? Wieso dient die Ufermauer, die einstürzen könnte, als Grund, die Seegrundsanierung nicht vollständig wie geplant zu machen? Sollte die verseuchte Mauer nicht besser ersetzt werden, um das Projekt auf eine saubere Grundlage zu stellen? Klar, das kostet. Doch wieso wurde der Vertrag mit der Firma Marti nicht umgesetzt?

Im November 2024 hat der grüne Baudirektor bekannt gegeben, dass er den Gerichtsentscheid akzeptiert und Nachuntersuchungen vornimmt.

Richi Blättler, AL-Mitglied und engagiert in der Lobby für Uetikon.

Bürgerliche erdrosseln Winti

Gleich zu Beginn gilt es einen Irrtum zu korrigieren: Winterthur ist keine linke Stadt. Die linken Parteien verfügen im Stadtparlament über 25 von 60 Sitzen und sind damit 6 Sitze von einer Mehrheit entfernt. Der Stadtrat hat zwar seit 2006 eine linke Mehrheit (mit Unterbruch von 2014 bis 2018), diese nützt jedoch wenig, wenn die Legislative nicht links ist. Nirgends zeigt sich das besser als in den alljährlichen Budgetdebatten.

Bürgerliche Budget-Politik

Die bürgerliche Mehrheit aus SVP, FDP, Mitte, GLP und EVP kürzt jedes Jahr Kleinstbeträge aus dem Budget. Reine ideologische Symbolpolitik, die auf das Gesamtbudget kaum, auf die Lebensqualität in Winterthur jedoch grosse Auswirkungen hat. Bauvorhaben werden aufgeschoben, Investitionen in die städtische Infrastruktur bleiben auf der Strecke. Wichtige Projekte wie die Tagesschulen, die Kulturstadt, die Klimaziele bis 2040 oder die Digitalisierung der Verwaltung werden abgewürgt.

Gleichzeitig sind dieselben Parteien grosszügig bei Steuersenkungen für Unternehmen und Aktionär:innen. Im Kantonsrat will die bürgerliche Mehrheit die Firmensteuern von 7% auf 6% senken. Für Winterthur würde dies einen Steueranfall von rund 9 Millionen oder 3 Steuerprozenten bedeuten. Diese bürgerliche Budget-Politik folgt seit den 1980er-Jahren dem neoliberalen Prinzip des «Trickle down»: Durch Steuersenkungen erhalten die Reichsten mehr Geld, das sie investieren können. Dies schaffe neue Arbeitsplätze und kurble somit den Konsum an. Letztendlich soll so der Wohlstand der Reichsten bei allen ankommen. Dies funktionierte in westlichen Staaten auch eine Zeit lang, jedoch nicht dauerhaft. Tatsächlich sind die Löhne der Arbeitnehmer:innen seit den 1980er-Jahren kaum mehr gestiegen. Und seit der Wirtschaftskrise 2007 sinken die Löhne real. Mit der Covid-19-Pandemie und dem Ukraine-Krieg wurde der Reallohnverlust

schlagartig allen bewusst und besonders spürbar. Zudem ziehen die niedrigen Steuern in den letzten Jahren kaum mehr neue Unternehmen an und die Steuereinnahmen der Firmen, die bereits hier sind, stagnieren oder gehen gar zurück.

Auf den Schultern der einfachen Bevölkerung

In vielen Zürcher Gemeinden wird deshalb gespart oder werden die Steuern für natürliche Personen angehoben. Die Steuerausfälle durch bürgerliche Steuer geschenke müssen so von der einfachen Bevölkerung getragen werden. Winterthur hat sich unter der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gar mit 1,2 Milliarden Franken verschuldet. Das sind fast 10'000 Franken pro Kopf. Realpolitisch bleiben nur zwei Optionen: Entweder die Steuern bleiben gleich und die Leistungen nehmen ab oder die Steuern steigen und die Leistungen bleiben gleich.

Beide Wege sind jedoch langfristig nicht gangbar und befeuern nur den Rechtspopulismus und autoritäre Bestrebungen. Die Wahlbeteiligung von nur 35% bei den Parlamentswahlen 2022 zeigt, dass viele Winterthurer:innen den Glauben an die bürgerliche Demokratie verloren haben.

Was es braucht, ist also eine dritte Option: Eine definitive Abkehr vom Neoliberalismus und einen Systemwandel hin zu einer neuen Form von Demokratie und Wirtschaft, die im Sinne der Menschen und nicht des Profits handelt. Dafür müssen alle linken Menschen aktiv werden und sich in Parteien oder Bewegungen engagieren. Ein erster wichtiger Schritt in eine solche Richtung wäre eine linke Mehrheit bei den Winterthurer Parlamentswahlen 2026. Dann wäre zumindest das Potential vorhanden, die wirklichen Probleme der Stadt anzugehen, statt nur einen Abwehrkampf gegen die bürgerliche Budget-Politik zu führen, die Winterthur langsam aber sicher erdrosselt.

**Roman Hugentobler,
AL Winterthur**



Es wird zunehmend kälter in Winterthur (Bild: Andrea Obergfell)

Solidaritätsbeiträge jetzt!



Wir fordern vom Regierungsrat, dass die Solidarität mit Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen an den Stadtgrenzen nicht Halt macht.

Die fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 sind eines der dunkelsten Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte. Zu den Betroffenen zählen etwa Verdingkinder, Heimkinder oder sogenannte «administrativ Versorgte». Das geschehene Unrecht und das immense Leid lasteten und lasten noch heute schwer auf den Opfern. Auf Bundesebene wurden gesetzliche Grundlagen für eine umfassende gesellschaftliche und individuelle Aufarbeitung und zur Ausrichtung von finanziellen Leistungen – namentlich in Form eines Solidaritätsbeitrages zugunsten der Opfer – geschaffen.

Das entsprechende Bundesgesetz sieht ausdrücklich auch zusätzliche «freiwilli-

ge Zuwendungen der Kantone» vor. Während der Kanton Zürich untätig blieb, schaffte die Stadt Fakten und einen kommunalen Solidaritätsbeitrag. Auch der Kanton Schaffhausen zieht nach und hat ein Gesetz für einen kantonalen Solidaritätsbeitrag in die Vernehmlassung geschickt.

Nicht nur die Stadt Zürich, auch andere kommunale Behörden und der Kanton Zürich haben Zwangsmassnahmen angeordnet. Diese historische Mitschuld und Mitverantwortung der Zürcher Behörden am grossen Leid der Betroffenen muss endlich anerkannt werden. Mitte Januar hat die AL deshalb mit Unterstützung von SP, Grünen, EVP und GLP ein dringliches Postulat eingereicht. Es darf nicht sein, dass Opfer unterschiedlich hohe Solidaritätsbeiträge erhalten, je nachdem welche Behörde eine Massnahme angeordnet hat. Und die abwartende Haltung des Regierungsrats ist auch höchst unangebracht: Viele der Opfer sind bereits in fortgeschrittenem Alter und warten schon lange auf Genug-tung.

Lisa Letnansky, AL-Kantonsrätin

Mehr Geld für DaZ



In der Budgetdebatte im Zürcher Gemeinderat konnte die AL eine Erhöhung der Ressourcen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) erwirken.

In der Budgetdebatte der Stadt Zürich zeigen sich die Themenschwerpunkte der Parteien. Seitenweise Anträge, einige davon schludrig bis lausig, viel Polemik. Im Bildungsbereich will die SVP pauschal alle Beiträge für die Tagesschule streichen, weil sie das Kindeswohl gefährdet sieht. Und die FDP stellt sieben Anträge, mit denen sie in weniger als drei Wochen die gesamte Sonderschulung reorganisieren möchte. 50% der Beiträge der integrativen und separativen Sonderschulung sollten gestrichen und stattdessen Förderklassen eröffnet werden, wofür es momentan keine Gesetzesgrundlage gibt – und hoffentlich nie geben wird. Ihre Förderklassen-Initiative ist mit derselben Sorgfalt verfasst wie diese Anträge. Sachkenntnis? Ernsthaftigkeit? Fehlanzeige.

Die AL hat den Antrag gestellt, die Ressourcen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zu erhöhen. Die kantonale Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen schreibt den Gemeinden vor, die Ressourcen in einer Bandbreite von 0,5 bis 0,75 Lektionen pro Woche und anspruchsberechtigte Schüler:in zu berechnen. Bisher hat die Stadt nur das Minimum für DaZ ausgegeben. Wenn der bürgerliche Kanton aber einen Spielraum lässt, sollten wir als Gemeinde diesen vollumfänglich nutzen.

DaZ hat zum Ziel, dass Schüler:innen mit nicht-deutscher Erstsprache möglichst schnell dem regulären Unterricht folgen und davon profitieren können. DaZ ist wichtig, um der Bildungsungerechtigkeit zu begegnen. Die Mehrheit ist uns gefolgt und die Ressourcenberechnung für DaZ pro Schüler:in konnte von 23 auf 34 Minuten pro Woche angehoben werden.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir nicht nur Erwartungen hegen, sondern ihnen durch Bildung auch Möglichkeiten eröffnen.

Sophie Blaser, AL-Gemeinderätin

Unbequem & links

13. November: Gemeinderat überweist Postulat von Karen Hug für Erhalt der Gebäude auf dem Kispis-Areal und Prüfung alternativer Nutzungsformen wie Alterswohnungen. Überwiesen wird Postulat von Moritz Bögli für die Unterstützung von sozial benachteiligten, einkommensschwachen Menschen bei der Wohnungssuche.

4. Dezember: Gemeinderat unterstützt den von der AL zusammen mit SP und Grünen sowie vom Stadtrat gestellten Antrag für ein Gemeinderedereferendum gegen die Senkung der Firmensteuern. Mit einer Motion verlangt AL-Fraktion, dass betreuende Angehörige von gemeinnützigen Organisationen mit Pflegeleistungsauftrag angestellt werden können.

17. Dezember: Die AL reicht mit fast 4000 Unterschriften ihre Volksinitiative "ewz-Bonus für alle" ein: 80 Millionen Franken aus dem ewz-Rekordgewinn 2024 sollen an die Kund:innen der Grundversorgung zurückfliessen.

18. Dezember: Gemeinsam mit Linksrün und EVP reicht die AL fast 7000 Unterschriften für ein Volksreferendum gegen die Senkung der kantonalen Unternehmenssteuern ein.

8. Januar: Gemeinderat überweist mit grossem Mehr AL-Vorstoss, der verlangt, dass städtische Architekturwettbewerbe auch Projekte im Bestand zulassen.

19. Januar: Ein langjähriges Anliegen der AL findet endlich eine Mehrheit: Kantonsrat stimmt für eine Erhöhung des Kantonsanteils der Prämienverbiligung auf 100%.

20. Januar: Mit einem dringlichen Postulat fordert Kantonsrätin Lisa Letnansky einen Solidaritätsbeitrag für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981.

22. Januar: Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion für eine fünfte Ferienwoche für alle Städtischen fällt durch, weil nur die Grünen dafür stimmen und die SP die Unterstützung verweigert.

29. Januar: Gemeinderat unterstützt AL-Postulat für Gesundheitskioske, eine niederschwellige Alternative zur Entlastung der Notfallstationen.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Sugus abgelutscht?



Seit Wochen ist die Erbin von drei Sugus-Häusern in den Schlagzeilen. Sie erfährt, absolut zu Recht, gesellschaftliche Ächtung, sogar vom Hauseigentümerverband, vom Freisinn und von Rechtsaussen. Frau Bachmann ist also auch für diejenigen «Pfui», die mitschuldig sind an Mietenexplosion, Leerkündigungen und Mietwucher. Im Fokus steht ein «böser» Mensch – und nicht beispielweise ein Immo-Fonds – ein Mensch, der wie alle Speckis agiert und den Profit maximieren will. Nur macht sie das maximal ungeschickt: kürzestmögliche Kündigungsfrist, Zusammenarbeit mit einem kriminellen Immobilienverwalter, Drohung mit ausserordentlicher Kündigung, sollten die Transparente mit Kinderwünschen nicht entfernt werden und, und, und...

Das ist sehr empörend, aber auch maximal dumm. Hätte sie mit einer Frist von einem Jahr gekündigt und keinen vorbestraften Verwalter gewählt, der Aufschrei wäre wohl kaum so gross gewesen.

Frau Bachmann ist aber nur in ihrem stümperhaften Vorgehen ein Einzelfall, denn Leerkündigungen sind leider die Regel, wenn es um Profitmaximierung geht. Das soll die überwältigende Solidarität, die den Mietenden entgegengebracht wird, keinesfalls schmälern.

Im Gegenteil: Nehmen wir diesen Schwung aus den Protesten der Bewohner:innen der Sugus-Häuser und ihrer Nachbar:innen mit, stellen wir sämtliche Akteure dieser skandalösen Gewinnmaximierungsmaschinerie an den Pranger, entlarven wir sie, stellen sie bloss und machen sie fassbar und angreifbar. Solidarisieren wir uns genau so engagiert mit allen Menschen in ähnlichen Situationen, überall in der Stadt. Die AL macht das schon seit jeher, aber wir können die ausserparlamentarischen Aktivitäten durchaus noch verstärken.

Sugus ist nicht abgelutscht, sondern ein weiterer, trauriger Anlass für eine breite Vernetzung und Solidarität. Nächste Gelegenheit, unsere Wut auf die Strasse zu tragen, ist die grosse Wohndemo vom 5. April.

Patrik Maillard,
AL-Gemeinderat

Heraus zum 8. März!

Und dann höre ich sie. Noch ein Stück, bis ich endlich auf dem Hechtplatz ankomme. Da stehen sie alle: farbig, laut, kämpferisch.

Es ist der 8. März! Ein fixes Datum in meinem Kalender. Freund:innen treffen sich, lang nicht mehr Gesehene auch. Welche Energie! Einmal pro Jahr zeigen wir FLINTAs – Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen – unseren Unwillen und Ärger über das Patriarchat, über die Gewalt an uns – rund um den Globus. Wir nehmen uns die Strasse und laufen geeint für internationale Solidarität am Internationalen Frauentag durch Zürich.

Seit mehr als 30 Jahren organisieren Frauen* in Zürich die Demo am 8. März. Vom Hechtplatz ins ehemalige Arbeiterinnenviertel im Kreis 4. Vor 30 Jahren beobachtet von Polizisten im Hemd, heute in Vollmontur «begleitet». Ich erinnere mich an Versuche des Dialogteams, die Demo zu spalten, weil keine Bewilligung beantragt wurde. Der Umzug wurde auch schon an den Limmatbrücken gestoppt – je nachdem welcher politische Wind durch die Hallen der Urania weht.

Der internationale Frauentag entstand als Initiative sozialistischer Organisationen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und im Kampf um Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen sowie die Emanzipation von Arbeiterinnen. In den USA gründeten die Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas 1908 ein Nationales Frauenkomitee. Dieses beschloss, einen besonderen nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht zu initiieren. Der erste Frauentag 1909 in den USA war

ein Erfolg – auch weil sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen den Forderungen nach dem Frauenwahlrecht anschlossen und gemeinsam mit den Sozialistinnen demonstrierten. Die aus der Ukraine emigrierte Textilarbeiterin Theresa Serber Malkiel und die deutsche Sozialistin Clara Zetkin waren massgeblich daran beteiligt, dass der Internationale Frauentag als wiederkehrender Kampftag institutionalisiert wurde.

In vielen Ländern Asiens und Afrikas ist der 8. März ein gesetzlicher Feiertag. Rund um den Globus organisieren sich am 8. März Frauen*, die sich mit Veranstaltungen und/oder Demos gegen Ungleichheit und die Unterdrückung durch das Patriarchat wehren.

Die diversen Kriege auf der Welt und die damit verbundene Gewalt an FLINTAs sind erschütternd. Aufgrund von Konflikten, Armut und Patriarchat werden nach wie vor rund um den Globus die Rechte von FLINTAs beschnitten. Autokraten wie Putin, Orban und Trump setzen viel daran, die von uns hart errungenen Gesetze gegen Gewalt an FLINTAs rückgängig zu machen und unsere Rechte zu beschneiden. Insbesondere über unseren Körper wollen sie bestimmen.

Wir solidarisieren uns mit all den FLINTAs, die nach wie vor aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden und Gewalt erfahren. Wir fordern in der Schweiz eine rigorose Umsetzung der Istanbul-Konvention! Nichts, aber auch gar nichts legitimiert Gewalt an FLINTAs! Holt eure Stifte und bemalt eure Schilder! Heraus zum 8. März!

Isabel Maiorano



Frauendemo 8. März 2013 (Bild: www.frauenbuendnis-zueri.ch)